

Es fehlt an Sorgfalt bei der Vergabe von Geldern im Kulturbereich

Subventionen Ein neuer Bericht übt scharfe Kritik an der gängigen Praxis des Bundesamts für Kultur.

Fabian Renz

Rund 224 Millionen Franken pro Jahr lässt sich der Schweizer Staat das heimische Kulturschaffen kosten. Welche Filme, Ausstellungen und Konzerte von diesem Geld am Ende profitieren, das wird zu einem wesentlichen Teil im Bundesamt für Kultur (BAK) vorgespurt. Das Amt übt eine beachtliche finanzielle Macht aus – doch es lässt dabei zu wenig Sorgfalt walten. Das zeigt ein Bericht der Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK).

Die Finanzaufsicht über die Subventionsempfänger sei «generell ungenügend». Zu diesem Schluss kommt die EFK, nachdem sie mehrere Subventionen in Höhe von insgesamt 8 Millionen Franken exemplarisch untersucht hat.

— **Verein Memoriv:** Gut 3 Millionen Franken richtete der Bund im untersuchten Jahr (2016) an den Verein Memoriv aus, der damit Projekte zum Erhalt von Schweizer Filmen, Fotos und Tonaufnahmen finanziert. Und dabei agiert er offenbar mit maximaler Grosszügigkeit. Im Memoriv-Reglement ist nämlich festgehalten, dass die Projekte zu «mindestens 50 Prozent» vom Gesuchsteller oder durch Dritte finanziert sein müssen – was die Gesuchsteller wiederum motiviert, bei Memoriv stets 50 Prozent abzuholen. «Die stillschweigende Praxis, für Projektkosten systematisch den zulässigen Höchstbetrag zu sprechen, müsste korrigiert werden», hält die EFK fest. Überhaupt sei besser darauf zu achten, dass Memoriv sein Budget einhalte.

— **Leseförderung:** Harsche Kritik übt die EFK an den Subventionen, die an das Schweizerische



Erhalt von alten Filmen: Eine Aufnahme aus dem Archiv der Schweizer Filmwochenschau aus dem Jahr 1981. Foto: Keystone

Institut für Kinder- und Jugendmedien gingen. Das Institut sei über mehrere Jahre so klamm gewesen, dass das BAK dessen finanzielle Situation besser hätte prüfen müssen. Die Zahlungen seien teilweise unter gesetzwidrigen Modalitäten erfolgt. Bei den BAK-Geldern für die Stiftung Bibliomedia wiederum (die sich für die Förderung von Bibliotheken einsetzt) verortet die EFK

eine indirekte Subventionierung der Kantone. Diese würden nicht vollumfänglich für die bezogenen Leistungen bezahlen. Ganz allgemein arbeiteten Bibliomedia und das Jugendmedieninstitut nicht so wirtschaftlich wie möglich.

— **«Bundesmillion»:** Seit Jahren erhält die Stadt Bern eine runde Million Franken an Kulturgeldern – ein Spezialfall, politisch be-

gründet mit der speziellen Situation als Sitz der Bundesversammlung und des Bundesrats. Für die EFK ist diese Subvention wirtschaftlich nicht zu rechtfertigen: Die «Bundesmillion» sei abzuschaffen oder zumindest in einen A-fonds-perdu-Beitrag umzuwandeln. Die EFK stützt damit den Kurs des Bundesrates, der die Berner Million ebenfalls gerne streichen würde. Vehementes

Lobbying hat ihn allerdings bereits einmal davon abgehalten.

Das Bundesamt für Kultur äussert sich verhalten zu den Kritikpunkten der EFK. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, stimmt es den Empfehlungen meist im Grundsatz zu – häufig versehen um den Zusatz, dass Reformen ohnehin eingeleitet seien und man sich auf dem richtigen Weg sehe.

«Vielen Bürgern ist die Politik zu komplex»

Demokratie Politologe Nenad Stojanovic lanciert in Sitten ein Pilotprojekt, um die direkte Demokratie zu stärken.

Herr Stojanovic, Bund, Kantone und Gemeinden informieren vor Urnengängen umfassend über Abstimmungsvorlagen. Nun kommt Ihr Pilotprojekt: Ein Bürgerkomitee soll dem Stimmvolk vor Abstimmungen die Vorlagen näherbringen. Weshalb?

Das Abstimmungsbüchlein ist wichtig. Aber ebenso wichtig erscheint mir, dass Bürgerinnen und Bürger in ihrer eigenen Sprache aufarbeiten, worum es bei Abstimmungen geht. Das Ziel ist, die direkte Demokratie zu stärken, das Verständnis für politische Vorlagen zu fördern, mehr Leute zu erreichen und letztlich die Beteiligung an Abstimmungen zu erhöhen. Heute stimmen im Durchschnitt nur etwa 45 Prozent der Berechtigten ab.

In Sitten wird nun vor der nationalen Abstimmung vom 9. Februar ein sogenannter Bürgerbrief verschickt. Worum geht es?

Es geht darum, dass wir 2000 Stimmberechtigte mit einem anonymisierten, elektronischen

Losverfahren auswählen und ihnen vorschlagen, an zwei Wochenenden in einer Art Bürgerkomitee mitzuarbeiten. Interessierte müssen Angaben zu Alter, Geschlecht, Bildungsgrad und politischer Ausrichtung machen. Wir gehen davon aus, dass sich 200 Leute zur Verfügung stellen. Von diesen werden wir 20 auswählen, per Losverfahren und unter Berücksichtigung bestimmter Merkmale, die garantieren, dass das Komitee die Gesellschaft optimal abbildet. Die Ausgewählten bekommen je 500 Franken Entschädigung.

Welche Aufgaben geben Sie diesen Leuten?

Sie sollen eine der nationalen Abstimmungsvorlagen analysieren und in eigenen Worten, also in einfacher, prägnanter Sprache, zusammenfassen, worum es geht. Dann geht es darum, Pro- und Contra-Argumente zusammenzutragen. Sie werden dafür Experten, aber auch Vertreter der Pro- und Contra-Seite interviewen. Am Ende stimmt das Komitee selbst über die Vorlage ab.



Nenad Stojanovic
Der 43-jährige Politologe ist im Tessin aufgewachsen. Er hat in Genf derzeit eine SNF-Förderprofessur.

Seine Zusammenfassung, die wichtigsten Argumente und das Ergebnis der internen Abstimmung werden auf einer A4-Seite zusammengetragen und den Stimmbürgern in Sitten zugeschickt. Sie erhalten den Bericht zur gleichen Zeit, aber nicht im Couvert mit den amtlichen Abstimmungsunterlagen, weil das Gesetz einen solchen Versand nicht vorsieht.

Ist eine A4-Seite nicht zu wenig?

Die Kunst liegt in der Synthese, sich auf das Essenzielle zu fokussieren. Noch wissen wir nicht, welche Vorlagen am 9. Februar zur Abstimmung kommen. Das gibt der Bundesrat erst Anfang Oktober bekannt. Möglich ist, dass wir über die Konzernverantwortungsinitiative oder den Vaterschaftsurlaub abstimmen.

Das wäre spannend. Ich bin überzeugt: Egal, was die Vorlage ist, eine Synthese hat immer auf einer A4-Seite Platz.

An wen richten sich die Bürgerbriefe? An Zögernde? An Politikverdrossene?

Sie sind ein Mehrwert für alle. Vielen Bürgern ist die Politik zu komplex. Die vielen Informationen vor Abstimmungen schrecken ab. Diese Leute versuchen wir genauso zu erreichen wie jene, die in die Behörden und den Staat wenig Vertrauen haben.

Wie stellen Sie sicher, dass die Mitglieder im Bürgerkomitee nicht von Parteien oder Verbänden angegangen und beeinflusst werden?

Das lässt sich nicht verhindern. Aber der Auswahlprozess ist ja anonymisiert. Sind die Bürger einmal ausgewählt, sagen wir ihnen, dass sie sich nicht beeinflussen lassen sollen. Im US-Bundesstaat Oregon hat das Konzept funktioniert. Dort lief es unter dem Label «Healthy Democracy». Jemand aus dem dortigen

Team wird unsere Arbeit in Sitten begleiten.

Warum haben Sie Sitten ausgewählt?

Es gibt verschiedene Gründe. Wir suchten nach einer Gemeinde mit ungefähr 30 000 Bürgern sowie einem politischen Profil und einer Bevölkerungsstruktur, die dem Schweizer Durchschnitt entspricht. So fanden wir Sitten.

Planen Sie, Ihr Projekt auf andere Gemeinden oder Kantone auszudehnen?

Sitten ist ein Pilotprojekt und damit eine Art Experiment. Wir werden danach die Auswirkungen wissenschaftlich untersuchen. Es wäre natürlich wünschenswert, dass sich andere Gemeinden oder sogar Kantone für unser Projekt interessieren. In Oregon wurden die Bürgerbriefe sogar ins Gesetz aufgenommen. Die Schweiz ist ein anderer Kontext. Aber wir sind zuversichtlich, dass wir hier erfolgreich sein können.

Philippe Reichen

Bund rechnet mit 2,8 Milliarden Überschuss

Finanzen Der Bund rechnet auch dieses Jahr mit einem Milliardenüberschuss. Gemäss der ersten Hochrechnung dürften Ende Jahr 2,8 Milliarden Franken in der Bundeskasse bleiben. Budgetiert waren 1,2 Milliarden. Die Einnahmen dürften um 0,7 Milliarden höher liegen als budgetiert. Allein die Einnahmen aus der direkten Bundessteuer dürften 0,6 Milliarden über Budget liegen. Zum Überschuss tragen auch tiefere Ausgaben bei. Zahlreiche Bundesstellen dürften ihre Budgets nicht voll ausschöpfen. Die grössten Kreditreste ergeben sich voraussichtlich bei der Sozialhilfe für Asylsuchende (61 Millionen), der individuellen Prämienverbilligung (61 Millionen) und der Rüstung (60 Millionen). Insgesamt werden die Kreditreste auf 1,5 Milliarden geschätzt. (sda)

Nachrichten

Freiwillige E-Vignette ab dem Jahr 2022

Verkehr Statt einer Autobahnvignette zum Aufkleben sollen Fahrzeuglenker künftig freiwillig eine elektronische Vignette kaufen können. Der Bundesrat hat dem Parlament eine entsprechende Gesetzesänderung vorgelegt. Wer sich für die E-Vignette entscheidet, muss das Kontrollschild seines Fahrzeugs über eine Internetapplikation registrieren. Der Preis bleibt bei 40 Franken. Der Bundesrat möchte die freiwillige E-Vignette 2022 einführen. (sda)

Härtere Strafen für illegalen Handel

Umwelt Der illegale Handel mit geschützten Tier- und Pflanzenarten soll härter bestraft werden. Der Bundesrat hat eine Gesetzesänderung in die Vernehmlassung geschickt. Schwere Fälle von illegalem Handel mit geschützten Tieren und Pflanzen sollen künftig als Verbrechen gelten. (sda)

Weniger Vorgaben für Wasserkraftwerke

Energie Wasserkraftbetreiber sollen künftig bei Konzessionserneuerungen weniger Umweltmassnahmen ergreifen müssen als bisher. Der Bundesrat unterstützt eine Gesetzesänderung, die die Umweltkommission des Nationalrats erarbeitet hat. (sda)

Gegen Senkung der Kinderrenten

IV Die Sozialkommission des Ständerats will die Renten der Kinder von IV-Rentnerinnen und -Rentnern nicht senken. Der Nationalrat hatte beschlossen, Kinderrenten von 40 auf 30 Prozent der IV-Rente von Mutter oder Vater zu senken. (sda)

SP ermittelt Thema für Gleichstellungsinitiative

Parteien Die SP will ein Anliegen der Frauenstreik-Bewegung in eine Initiative einfließen lassen. Welche Forderung dies sein soll, wird nun per Onlineabstimmung auf www.gleichstellung-jetzt.ch ermittelt. Zur Auswahl stehen Forderungen zu Lohngleichheit, familienergänzender Kinderbetreuung, Anerkennung von Care-Arbeit, einer 35-Stunden-Woche, Hilfe für Gewaltopfer und einer Elternzeit. (sda)